

Es informiert Sie Frau Trachte

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6272
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 13.02.2026

Drucks. Nr. VO/0268/26
öffentlich

*An die Vorsitzende des Haupt- und Personal-
ausschuss und des Rates der Stadt Wuppertal
Frau Oberbürgermeisterin Miriam Scherff
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Antrag

Zur Sitzung am 19.02.2026 23.02.2026	Gremium Haupt- und Personalausschuss Rat der Stadt Wuppertal
--	--

Verlagerung und Weiterentwicklung des Café Cosa zur Eindämmung von Drogenhandel und Drogenkonsum im öffentlichen Raum

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Scherff,

die FDP/WFW-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen, geeigneten Standort für das Café Cosa zu identifizieren und dem Rat spätestens bis Ende des Jahres 2026 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei sind insbesondere

- die Entlastung hochfrequentierter Innenstadtlagen,
- die Wahrung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung,
- Abstand zu Kitas, Schulen und Spielplätzen
- sowie die Erreichbarkeit für die Zielgruppe
- zu berücksichtigen.

2. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, das Café Cosa und auch den Drogenkonsumraum Gleis 1 konzeptionell so weiterzuentwickeln, dass dieser für die aktuell stark präesente Crack-Konsumentenszene in höherem Maße angenommen wird, mit dem klaren Ziel, Drogenkonsum und -handel aus dem öffentlichen Raum und insbesondere aus der Innenstadt herauszunehmen.

3. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung prüfen und dem Rat berichten,
 - wie das Café Cosa an einem neuen Standort zu einem niedrigschwelligen, kontrollierten Aufenthaltsort mit medizinischer, psychosozialer und suchtttherapeutischer Begleitung weiterentwickelt werden kann,
 - ob und unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen Elemente international erprobter Konzepte – insbesondere des Zürcher Modells – im Rahmen eines Modellprojekts Anwendung finden könnten,
 - inwieweit eine dezentrale Struktur der Suchthilfeangebote in Wuppertal geeignet ist, die Konzentration der Szene an einzelnen Innenstadtstandorten aufzubrechen.

4. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die aktuellen Entwicklungen und Diskussionen in Köln und Düsseldorf zur Verlagerung bzw. Neuausrichtung von Drogenkonsumräumen auszuwerten und deren Übertragbarkeit auf die Situation in Wuppertal darzustellen.

Begründung

Der zunehmende offene Drogenkonsum im Wupperpark Ost sowie der damit verbundene Drogenhandel – insbesondere mit Crack – stellen eine erhebliche Belastung für den öffentlichen Raum der Elberfelder Innenstadt dar. Die Auswirkungen reichen weit über subjektive Störungen hinaus: Sie betreffen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, den Wirtschaftsstandort Innenstadt, den öffentlichen Personennahverkehr sowie die Akzeptanz staatlichen Handelns insgesamt.

Der stark veränderte Suchtmittelkonsum, insbesondere der Crackkonsum, geht mit einem erhöhten Aggressionspotenzial einher. In den Bereichen rund um den Döppersberg und den Wupperpark Ost ist in diesem Zusammenhang auch ein Anstieg sicherheitsrelevanter Vorfälle zu beobachten, unter anderem im Bereich der Gewalt- und Messerkriminalität. Diese Entwicklung erfordert eine klare und verantwortungsvolle Antwort der Stadt, die ordnungspolitische Durchsetzungskraft mit zielgerichteter Hilfe verbindet.

Eine liberale Ordnungspolitik darf diese Zustände weder bagatellisieren noch ausschließlich repressiv beantworten. Ziel muss es sein, klare Regeln im öffentlichen Raum konsequent durchzusetzen und gleichzeitig wirksame, realitätsnahe Hilfsangebote bereitzustellen, die von der betroffenen Szene auch tatsächlich angenommen werden. Nur so lassen sich Verdrängungseffekte vermeiden und nachhaltige Verbesserungen erreichen.

Internationale Erfahrungen, insbesondere aus Zürich, zeigen, dass eine konsequente Verlagerung von Drogenkonsum und szenetypischem Handel in kontrollierte, betreute Einrichtungen zu einer spürbaren

Entlastung des öffentlichen Raums führen kann. Dort wurde erfolgreich ein integriertes System etabliert, das medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung und Aufenthaltsmöglichkeiten bündelt. Entscheidend für den Erfolg war, dass sich Konsum und Handel dadurch weitgehend aus Parks, Straßen und Bahnhofsbereichen zurückgezogen haben.

Auch in deutschen Großstädten wie Köln und Düsseldorf wird aktuell intensiv darüber diskutiert, bestehende Drogenkonsumräume zu verlagern oder neu auszurichten. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass klassische Konzepte den veränderten Konsummustern – insbesondere beim Crackkonsum – nicht mehr gerecht werden. Diese Diskussionen verdeutlichen, dass ein bloßes „Weiter so“ auch nicht mit verlängerten Öffnungszeiten des Café Cosa keine tragfähige Option darstellt.

Die Verlagerung des Café Cosa an einen geeigneten Standort am Rand der Innenstadt sowie die konsequente Weiterentwicklung des Drogenkonsumraums Gleis 1 sind vor diesem Hintergrund notwendige Schritte, um die Innenstadt wirksam zu entlasten, die Akzeptanz und Wirksamkeit der Suchthilfeangebote zu erhöhen und den öffentlichen Raum als konsum- und handelsfreie Zone durchzusetzen.

Dieser Ansatz dient gleichermaßen dem Schutz der Allgemeinheit wie der Hilfe für suchtkranke Menschen und entspricht einem liberalen Politikverständnis, das Ordnung, Freiheit und Verantwortung miteinander verbindet.

Unterschrift

Karin van der Most
Fraktionsvorsitzende